
Vorsitz: Litauen**868. PLENARSITZUNG DES RATES**

1. Datum: Donnertag, 16. Juni 2011

 Beginn: 9.10 Uhr
 Schluss: 12.50 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter R. Norkus

Vor Eintritt in die Tagesordnung hieß der Vorsitz den neuen Ständigen Vertreter der Türkei bei der OSZE, Botschafter Tacan Ildem, und den neuen Ständigen Vertreter der Republik Korea bei der OSZE, Botschafter Hyun Cho, im Namen des Ständigen Rates willkommen.

Außerdem erörterten Belarus, die Russische Föderation, die Tschechische Republik (auch im Namen Deutschlands, der Vereinigten Staaten von Amerika, Kanadas, Dänemarks, Finnlands, des Vereinigten Königreichs, Islands, Norwegens, der Niederlande, Polens, Rumäniens, der Slowakei und Schwedens) und der Vorsitzende die Aufnahme des Tagesordnungspunkts 7 in die Tagesordnung der Sitzung.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: BERICHT DES HOHEN KOMMISSARS FÜR
 NATIONALE MINDERHEITEN

Hoher Kommissar für nationale Minderheiten (HCNM.GAL/1/11/Rev.1 OSCE+), Ungarn – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, Island, Montenegro und Türkei; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Albanien, dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen sowie mit Andorra und Moldau) (PC.DEL/572/11), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/568/11), Russische Föderation (PC.DEL/576/11), Usbekistan (PC.DEL/600/11), Georgien, Ukraine (PC.DEL/586/11), Serbien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Bosnien und Herzegowina, Kirgisistan, Lettland, Vorsitz

Punkt 2 der Tagesordnung: OSZE-PROJEKTKOORDINATOR IN DER
UKRAINE

Vorsitz, OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine, Ungarn – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen; sowie mit Moldau) (PC.DEL/573/11), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/569/11), Russische Föderation (PC.DEL/577/11), Ukraine (PC.DEL/581/11 OSCE+)

Punkt 3 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

Die Menschenrechtslage in den Vereinigten Staaten von Amerika: Belarus (PC.DEL/584/11), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/571/11)

Punkt 4 der Tagesordnung: BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES
AMTIERENDEN VORSITZENDEN

- (a) *Konferenz des Vorsitzes über die Bekämpfung des Drogenhandels und die Verbesserung der Grenzsicherheit und des Grenzmanagements im OSZE-Raum am 16. und 17. Juni 2011 in Wien:* Vorsitz (CIO.GAL/117/11)
- (b) *Botschafterklausur am 23. und 24. Juni 2011 in Baden (Österreich)* (CIO.GAL/115/11): Vorsitz (CIO.GAL/117/11)
- (c) *Auswahlverfahren für den OSZE-Generalsekretär:* Vorsitz (CIO.GAL/117/11), Parlamentarische Versammlung der OSZE (PA.GAL/1/11 OSCE+)

Punkt 5 der Tagesordnung: BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS

- (a) *Bekanntgabe der Verteilung eines schriftlichen Berichts des Generalsekretärs:* Direktor des Konfliktverhütungszentrums
- (b) *OSZE-Beiträge, die zum Teil als offizielle Entwicklungshilfe im Sinne des OECD-DAC anerkannt werden:* Direktor des Konfliktverhütungszentrums

Punkt 6 der Tagesordnung: SONSTIGES

Keine

Punkt 7 der Tagesordnung: BELARUS

OSZE-Berichtersteller gemäß dem Moskauer Mechanismus (PC.DEL/591/11), Tschechische Republik (auch im Namen Deutschlands, der Vereinigten Staaten von Amerika, Kanadas, Dänemarks, Finnlands, des Vereinigten Königreichs, Islands, Norwegens, der Niederlande, Polens, Rumäniens, der Slowakei und Schwedens) (Anhang 1), Russische Föderation (Anhang 2),

Ungarn – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island und Montenegro; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien; sowie mit dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen) (Anhang 3), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 4), Kasachstan (PC.DEL/580/11), Schweiz (auch im Namen Liechtensteins) (Anhang 5), Kanada (Anhang 6), Usbekistan, Turkmenistan (PC.DEL/589/11 OSCE+), Armenien, Tadschikistan, Belarus (Anhang 7), Vorsitz (CIO.GAL/118/11 OSCE+)

Zur Geschäftsordnung: Russische Föderation

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 22. Juni 2011, 9.30 Uhr im Neuen Saal

868. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 868, Punkt 7 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK (AUCH IM
NAMEN DEUTSCHLANDS, DER VEREINIGTEN STAATEN VON
AMERIKA, KANADAS, DÄNEMARKS, FINNLANDS, DES
VEREINIGTEN KÖNIGREICHS, ISLANDS, NORWEGENS,
DER NIEDERLANDE, POLENS, RUMÄNIENS,
DER SLOWAKEI UND SCHWEDENS)**

Herr Vorsitzender,

die Tschechische Republik gibt diese Erklärung im eigenen Namen sowie im Namen folgender Länder ab: Deutschland, Vereinigte Staaten von Amerika, Kanada, Dänemark, Finnland, Vereinigtes Königreich, Island, Norwegen, Niederlande, Polen, Rumänien, Slowakei und Schweden.

Wir heißen den Berichterstatter für den Moskauer Mechanismus der OSZE, Professor Emmanuel Decaux, herzlich im Ständigen Rat willkommen und danken ihm und seinem Team für ihre engagierte Arbeit bei der Ausarbeitung des OSZE-Berichts zu Belarus.

Wir sprechen Professor Decaux unsere höchste Anerkennung für die Professionalität und das Engagement bei der Erfüllung dieser schwierigen Aufgabe sowie für seinen ausführlichen, umfassenden und objektiven Bericht aus.

Wir begrüßen die Gelegenheit, diesen wichtigen Punkt gemäß den im Moskauer Dokument von 1991 vereinbarten Bestimmungen des Mechanismus der menschlichen Dimension im Ständigen Rat zu erörtern.

Herr Vorsitzender,

auf dem Gipfeltreffen von Astana haben die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten „kategorisch und unwiderruflich erklärt, dass die im Bereich der menschlichen Dimension eingegangenen Verpflichtungen ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten und nicht ausschließlich eine innere Angelegenheit des betroffenen Staates darstellen“. Der Moskauer Mechanismus der OSZE ist ein Instrument, das von allen Teilnehmerstaaten mit Konsens und nach Treu und Glauben zur Umsetzung dieser gemeinsamen

Verpflichtung eingerichtet wurde. Die volle Umsetzung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension, insbesondere im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten, bildet das Kernstück der OSZE-Sicherheitsgemeinschaft.

Die 14 Teilnehmerstaaten, die den Moskauer Mechanismus angerufen haben, sind der Auffassung, dass die Erfüllung der Bestimmungen hinsichtlich der menschlichen Dimension der OSZE in Belarus massiv infrage gestellt ist. Wir haben daher eine OSZE-Erkundungsmission gefordert, die die Fakten in Bezug auf die Demonstrationen vom 19. Dezember 2010 in Belarus und die seither eingetretenen Entwicklungen untersuchen und einen unabhängigen und unparteiischen Bericht mit einer genauen Beschreibung dieser Fakten sowie mit Anregungen und Ratschlägen, wie darauf zu reagieren ist, vorlegen sollte.

Wie bereits zuvor festgestellt, sehen wir im Moskauer Mechanismus ein nützliches OSZE-Instrument für Kooperation und Dialog sowie ein Mittel zur Beseitigung möglicher Missverständnisse. Belarus bestellte jedoch keinen eigenen Berichterstatter, um zu dem Bericht beizutragen, verwehrt Professor Decaux den Besuch in Belarus und stellte ihm keine Informationen zur Verfügung. Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass es im Interesse Belarus gelegen hätte, mit dem OSZE-Berichterstatter bei der Ausarbeitung des Berichts zusammenzuarbeiten, um mögliche Missverständnisse zu beseitigen und einen eingehenden Überblick über die Lage zu liefern. Wir sind daher enttäuscht, dass Belarus die Mitarbeit verweigerte.

Dennoch betrachten wir den Bericht als einen wichtigen Beitrag zum künftigen Dialog und zur weiteren Zusammenarbeit zwischen der OSZE und Belarus im Rahmen der Zusagen von Belarus, die Zusammenarbeit mit und innerhalb der OSZE fortzusetzen. Wir meinen auch, dass der Bericht dem UN-Menschenrechtsrat in Genf und ganz allgemein der internationalen Staatengemeinschaft zur Kenntnis gebracht werden sollte.

Wir sind nach wie vor tief besorgt über den Stand der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtstaatlichkeit in Belarus. Wir fordern die Regierung von Belarus eindringlich auf, sich den im Bericht genannten Problembereichen zu widmen und die darin enthaltenen Empfehlungen umzusetzen.

Wir behalten uns ferner das Recht vor, zu einem späteren Zeitpunkt im Ständigen Rat auf dieses Thema zurückzukommen.

Ich ersuche Sie, Herr Vorsitzender, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.

868. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 868, Punkt 7 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

zunächst möchten wir unserer Enttäuschung darüber Ausdruck verleihen, dass der Vorsitz trotz der nachdrücklichen und berechtigten Einwände einer Delegation beschlossen hat, eine Sitzung des Ständigen Rats auf der Grundlage einer Tagesordnung abzuhalten, die nicht auf Konsens beruhte. Damit hat er die politische Verantwortung für die möglicherweise negativen Folgen dieses äußerst bedauerlichen Präzedenzfall übernommen. Wir halten dies für einen falschen Schritt.

Was den eigentlichen Bericht von Herrn Emmanuel Decaux anbelangt, haben wir keinerlei Absicht, zu dessen Inhalt Stellung zu nehmen oder irgendeine Art von Einschätzung abzugeben. Gleichzeitig können wir nicht umhin, einige allgemeine Kommentare betreffend die Ingangsetzung des Moskauer Mechanismus in Hinblick auf Belarus zu äußern.

Wir sind tief besorgt angesichts der Versuche gewisser Länder und Staatengruppen, mittels nicht auf Konsens beruhender OSZE-Mechanismen politischen und wirtschaftlichen Druck auf souveräne Staaten auszuüben und auch noch Empfehlungen auszusprechen, zu denen kein Konsens besteht, und zu verlangen, dass sie von den Teilnehmerstaaten umgesetzt werden. Wir verstehen die Beweggründe derer nicht, die die Ingangsetzung des Moskauer Mechanismus gegen Belarus ausgerechnet in einer Zeit veranlassten, in der Minsk mit der Einladung von Experten des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte zur Beobachtung von Gerichtsverfahren gegen Personen, die im Zusammenhang mit den uns allen bekannten Ereignissen des 19. Dezember 2010 inhaftiert wurden, ein noch nie dagewesenes Ausmaß an Aufgeschlossenheit gegenüber der Zusammenarbeit mit der OSZE zeigt.

Es ist klar, dass der Einsatz von bekannterweise auf Konfrontation ausgerichteten Instrumenten nur zu einer Zunahme der Spannungen führen kann. Wir haben daher jegliches nicht auf Konsens beruhendes Vorgehen in Bezug auf Belarus auf der Grundlage des Moskauer Mechanismus abgelehnt und tun dies weiterhin.

In unseren Augen sind die nicht auf Konsens ausgerichteten Hebel des Moskauer Mechanismus schon längst nicht mehr zeitgemäß. Dies zeigte sich bereits vor einigen Jahren,

als sie gegen andere Teilnehmerstaaten eingesetzt wurden. Leider wurden aus der negativen Erfahrung keine Lehren gezogen, was Anlass zu echter Enttäuschung gibt.

Bedauerlicherweise müssen wir feststellen, dass die hitzigen Debatten zu diesem Thema, die sich nun bereits seit Monaten hinziehen, der OSZE nur schaden, indem sie ihren in den Augen der Teilnehmerstaaten bereits angeschlagenen Ruf weiter schwächen. Es stellt sich die Frage, wozu das alles gut sein soll. Anstatt einzelnen Staaten eine „ordentliche Standpauke“ zu erteilen, wäre es heute wichtiger denn je, sich auf die Lösung strategischer Fragen wie die Konsolidierung der „Sicherheitsgemeinschaft“ im Einklang mit den beim OSZE-Gipfeltreffen in Astana verabschiedeten Beschlüssen zu konzentrieren. Aber wie können gemeinsame Schritte auf dieses strategische Ziel hin unternommen werden, wenn wir nicht einmal innerhalb der OSZE imstande sind, veraltete Stereotypen und Trennlinien zwischen den Ländern aufzugeben?

Es ist an der Zeit, diesen eindeutig festgefahrenen Streit um den Moskauer Mechanismus zu beenden. Der Moment ist gekommen, zu praktischen Schritten zur Förderung der „Sicherheitsgemeinschaft“ überzugehen und an einer konsolidierten Tagesordnung für das Ministerratstreffen in Wilna, das übrigens bereits in fünf Monaten stattfinden wird, zu arbeiten.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

868. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 868, Punkt 7 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Europäische Union heißt Professor Emmanuel Decaux herzlich im Ständigen Rat willkommen und dankt ihm für den Bericht zu Belarus, den er in seiner Funktion als OSZE-Berichterstatter gemäß dem Moskauer Mechanismus der OSZE ausgearbeitet hat.

Wir möchten daran erinnern, dass die EU bei zahlreichen Gelegenheiten ihre tiefe Besorgnis über den Stand der Menschenrechte in Belarus zum Ausdruck gebracht hat – hinsichtlich der freien Meinungsäußerung, der Versammlungsfreiheit, der Medienfreiheit sowie aufgrund von Berichten über angebliche Folter und grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung. Wir erinnern daran, dass auf dem Gipfeltreffen von Astana alle Staats- und Regierungschefs kategorisch und unwiderruflich bekräftigt haben, dass die im Bereich der menschlichen Dimension eingegangenen Verpflichtungen ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten und nicht ausschließlich eine innere Angelegenheit des betroffenen Staates darstellen.

Leider ist es im Zuge unseres Dialogs im Ständigen Rat bisher nicht gelungen, die Bedenken hinsichtlich der Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen durch Belarus zu zerstreuen, und das scharfe Vorgehen gegen die demokratische Opposition, die Zivilgesellschaft und Vertreter der unabhängigen Massenmedien geht unvermindert weiter.

Da die Monitoring-Kapazitäten des ehemaligen OSZE-Büros in Minsk nun nicht mehr zur Verfügung stehen, begrüßt die EU den Bericht von Professor Decaux als einen unabhängigen und unparteiischen Überblick über die Ereignisse vom 19. Dezember und die seit damals eingetretenen Entwicklungen.

Wir möchten erneut feststellen, dass der Moskauer Mechanismus zu dem Zweck entwickelt wurde, die Achtung der Menschenrechte, Grundfreiheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch Dialog und Zusammenarbeit zu fördern und bei der Lösung konkreter wichtiger Fragen mitzuhelfen. Er sollte als ein Instrument zur Festigung des Dialogs wahrgenommen werden, das bei der Problemlösung helfen soll, nicht um neue Gräben aufzureißen. Mit dem Moskauer Mechanismus haben sich alle Teilnehmerstaaten verpflichtet, in vollem Umfang mit der Expertenmission zusammenzuarbeiten, deren Arbeit zu erleichtern und der Mission alle für die unabhängige Durchführung erforderlichen Erleichterungen zu gewähren, insbesondere ihr unverzüglich und ungehindert die Einreise in ihr Staatsgebiet zu gestatten.

Bedauerlicherweise beschloss Belarus, nicht mitzuarbeiten. Weder entsandten die belarussischen Behörden ihren eigenen Berichtersteller in die Mission, noch gewährten sie Professor Decaux die nötige Unterstützung und den erforderlichen Zugang. Mit der zuletzt genannten Handlung verstieß Belarus gegen seine OSZE-Verpflichtungen.

Wir sprechen Professor Emmanuel Decaux unsere Anerkennung für seine Professionalität, sein juristisches Fachwissen und seine Unparteilichkeit aus, die diesen ausgewogenen und auf Fakten gründenden Ansatz in der gegenständlichen Frage möglich machten. Der Bericht spricht von „schwerwiegenden, andauernden und umfassenden eklatanten und systematischen Menschenrechtsverletzungen seit den Ereignissen vom 19. Dezember“ und bestätigt unsere kritische Einschätzung der Lage in Belarus und die Nichteinhaltung der OSZE-Verpflichtungen durch Belarus. Anhand des Berichts haben wir einen besseren Einblick in Ausmaß und Art der Repressionswelle nach den Präsidentschaftswahlen in Belarus vom vergangenen Jahr gewonnen, und er enthält überdies einen wertvollen Katalog von Empfehlungen.

Die EU äußert die Hoffnung, dass sowohl der Bericht als auch die heutigen Beratungen zu einer Verbesserung der Lage in Belarus beitragen werden. Wir appellieren an die belarussischen Behörden, den Bericht in vollem Umfang zu nützen und ihr Möglichstes zu tun, um die darin enthaltenen Empfehlungen umzusetzen. Dazu gehören die Durchführung einer unabhängigen und unparteiischen Untersuchung der Ereignisse vom 19. Dezember sowie des Anschlags auf den Präsidentschaftskandidaten Wladimir Nekljaew, eine Überprüfung der Gerichtsurteile in Fällen, die mit den Ereignissen vom 19. Dezember in Verbindung stehen, eine Untersuchung mutmaßlicher Misshandlungen von inhaftierten Personen und die Veranlassung von Maßnahmen zum absoluten Verbot und zur Unterbindung von Folter und unmenschlicher, grausamer und erniedrigender Behandlung, die Gewährleistung des wirksamen Zugangs zur Justiz für alle Inhaftierten, Beschuldigten und Angeklagten sowie die Unabhängigkeit der Richterschaft und die Veranlassung wirksamer Maßnahmen zur Gewährleistung der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie der freien Meinungsäußerung.

Die EU legt Belarus nahe, enger mit der OSZE und ihren Institutionen zusammenzuarbeiten, insbesondere in Angelegenheiten, die mit der Förderung der Standards im Bereich der Menschenrechte, Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu tun haben.

Die EU fordert Belarus erneut auf, die Unterdrückung zu beenden und alle aus politischen Gründen inhaftierten und verurteilten Personen unverzüglich freizulassen und zu rehabilitieren. Die EU fordert Belarus ferner auf, eine sinnvolle OSZE-Präsenz im Land zuzulassen.

Die EU wird die weiteren Entwicklungen in Belarus aufmerksam verfolgen, nicht nur im Kontext der OSZE, sondern auch in anderen Foren, etwa auch im Menschenrechtsrat in Genf, wo die EU eine Entschließung zu Belarus initiiert hat.

Schließlich erklärt die EU erneut ihre Bereitschaft, den Behörden von Belarus bei der Einhaltung ihrer OSZE-Verpflichtungen Hilfestellung zu leisten.

Die Bewerberländer Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro¹ und Island², die Länder des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländer Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien sowie das Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen schließen sich dieser Erklärung an.

-
- 1 Kroatien, die ehemalig jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro gehören nach wie vor dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess an.
 - 2 Island ist nach wie vor Mitglied der EFTA und des Europäischen Wirtschaftsraums.

868. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 868, Punkt 7 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich schließe mich der im Namen der 14 Staaten, die den Moskauer Mechanismus angerufen haben, verlesenen Erklärung voll und ganz an und möchte Folgendes hinzufügen:

Auch wir begrüßen Professor Decaux im Ständigen Rat als OSZE-Berichterstatter für den Moskauer Mechanismus. Wir danken ihm für seinen ausführlichen Bericht, mit dem seine Erkundungsmission dokumentiert wird.

Wie andere an diesem Tisch sind auch die Vereinigten Staaten nach wie vor zutiefst besorgt über die Ereignisse, die seit 19. Dezember 2010 in Belarus vor sich gehen.

Der Bericht des Berichterstatters für den Moskauer Mechanismus enthält eine Reihe konstruktiver Empfehlungen, die Belarus helfen können, seinen OSZE-Verpflichtungen besser nachzukommen.

Die OSZE und die internationale Gemeinschaft sollten sich auf jene problematischen Punkte konzentrieren, die in dem Bericht zur Sprache kommen. Dabei müssen wir uns weiter entschlossen an die Seite des Volkes von Belarus stellen.

Herr Vorsitzender, die Vereinigten Staaten würden eine engere Zusammenarbeit zwischen Belarus und der OSZE zu einer ganzen Reihe von Themen begrüßen.

Die Regierung von Belarus hat wiederholt ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der OSZE erklärt. Die belarussische Delegation hier hat immer wieder versprochen, den Entwurf zu einem Kooperationsprogramm vorzulegen.

Dennoch wurde das Mandat für das OSZE-Büro in Minsk nicht verlängert. Seit den Ereignissen vom 19. Dezember durfte die Beauftragte für Medienfreiheit, Dunja Mijatović, Belarus nicht besuchen. Auch eine Erkundungsmission durch die Arbeitsgruppe Belarus der Parlamentarischen Versammlung der OSZE wurde abgelehnt, und dem Vorsitz der Arbeitsgruppe der OSZE-PV wurde ein Sichtvermerk zur Beobachtung der Gerichtsverfahren gegen politische Gefangene verweigert. Wir begrüßen zwar die Präsenz eines kleinen

BDIMR-Teams zur Beobachtung der Gerichtsverfahren, meinen aber, dass eine nachhaltigere OSZE-Präsenz in Belarus notwendig ist.

Ferner sollen Verfechter der Menschenrechte aus Russland und der Ukraine, die beobachten, Bericht erstatten und die Regierung von Belarus von der Menschenrechtslage in Kenntnis setzen wollten, ausgewiesen werden bzw. wurde ihnen die Wiedereinreise nach Belarus verweigert. Lukaschenko fordert die Ausweisung ausländischer Medien aus Belarus, und zumindest ein Journalist aus Russland wurde bereits des Landes verwiesen.

Die Politik der Vereinigten Staaten ist und bleibt eindeutig. Wir fordern die Regierung von Belarus nachdrücklich auf, sich die Empfehlungen des Berichterstatters genau anzusehen. Die OSZE, ihre Institutionen und die gesamte internationale Gemeinschaft sind bereit, dem Volk von Belarus zu helfen. Wie im Bericht des Berichterstatters empfohlen, sollte Belarus seine internationalen Verpflichtungen vollständig erfüllen. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Verpflichtung von Belarus zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten geschenkt werden, einschließlich Medienfreiheit, Verbot der Folter und Achtung der Rechtstaatlichkeit.

Desgleichen sollte Belarus bei der Überprüfung der Rechtslage und der Justiz mit der OSZE zusammenarbeiten. Dazu sollte auch die Überprüfung der Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 19. Dezember zählen, die meine Regierung konsequent verurteilt hat. Wie gesagt, sollten die Urteile aufgehoben werden und die Regierung sollte ein Justizsystem auf der Grundlage der internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren entwickeln.

Herr Vorsitzender, wir appellieren erneut an die Regierung von Belarus, unverzüglich und vorbehaltlos sämtliche politischen Gefangenen freizulassen und davon Abstand zu nehmen, weiter die Menschenrechte von Regimekritikern zu verletzen, die nach wie vor Gefahr laufen, schikaniert und willkürlich festgenommen zu werden.

Danke, Herr Vorsitzender.

868. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 868, Punkt 7 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER SCHWEIZ
(AUCH IM NAMEN VON LIECHTENSTEIN)**

Danke Herr Vorsitzender.

Ich spreche auch im Namen von Liechtenstein. Wir begrüßen Professor Decaux im Ständigen Rat und danken ihm für seinen detaillierten Bericht.

Die von Professor Decaux beschriebenen Vorgänge in Weissrussland sind äusserst besorgniserregend. Sie widersprechen unserem Verständnis von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtsschutz.

Der Bericht sollte unseres Erachtens und gemäss den Empfehlungen über das Follow-up veröffentlicht, verteilt und auch elektronisch zugänglich gemacht werden. Es stellt sich die Frage, ob die Informationen, welche Professor Decaux vorliegen und nicht verwertet werden konnten, im Sinne der Sache ergänzt werden sollten.

Die Ereignisse vom 19. Dezember 2010 fanden knapp zwei Wochen nach dem Gipfel in Astana statt, an welchem die OSZE Verpflichtungen bekräftigt wurden. Präsident Lukaschenko unterstrich in seiner Rede in Astana, dass Weissrussland danach strebt, den OSZE Acquis – von nuklearer Abrüstung bis zum Schutz von Menschenrechten – zu verstärken. Dies ist ein klares Bekenntnis zu den OSZE Verpflichtungen, welches wir ernst nehmen.

Bereits in unserer Stellungnahme vom 7. April 2011 haben wir dazu aufgerufen, die Anrufung des Moskauer Mechanismus als Anstoss für den weiteren Meinungs austausch über alle OSZE-Verpflichtungen aufzufassen. Weissrussland hat überdies bereits eine Reihe von substantiellen Kooperationsvorschlägen gemacht. Diese sollten nun in einen Aktionsplan aufgenommen werden, um weiter konkretisiert zu werden. ODIHR könnte hierzu hilfreiche Unterstützung bieten.

Es geht darum aufzuzeigen, wie Weissrussland - mit der Unterstützung der OSZE - seinen nationalen und internationalen Verpflichtungen in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte nachkommen kann, und zu erkennen, dass diese Verpflichtungen einzuhalten sind.

Ich beantrage, dass diese Erklärung an das Tagesjournal angehängt wird.

868. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 868, Punkt 7 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG KANADAS

Herr Vorsitzender,

Kanada schließt sich der Erklärung, die die Tschechische Republik heute im Ständigen Rat im Namen der 14 Staaten, die den Moskauer Mechanismus der OSZE angerufen haben, abgegeben hat, voll und ganz an, möchte nun jedoch seinen nationalen Standpunkt in dieser wichtigen Angelegenheit hinzufügen.

Wie andere begrüßen auch wir Professor Decaux im Ständigen Rat und danken ihm für seinen Bericht des Berichterstatters über die Lage in Belarus nach den Präsidentschaftswahlen vom 19. Dezember 2010 (ODIHR.GAL/39/11 vom 14. Juni 2011). Wir sind der Ansicht, dass Professor Decaux seine Aufgabe als OSZE-Sonderberichterstatter mit Geschick, Unabhängigkeit und Objektivität erfüllt hat.

Kanada möchte betonen, dass der nun freigegebene OSZE-Bericht als Instrument des Dialogs und der Zusammenarbeit zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte jedes einzelnen Mitglieds der belarussischen Gesellschaft gedacht ist. Sie ist eine offene Einladung an Belarus, sich konstruktiv zu engagieren – eine Einladung, die nicht versäumt werden sollte.

Der Bericht dieser Erkundungsmission umreißt die Schwere und Dauer sowie das Ausmaß der gravierenden und systematischen Menschenrechtsverletzungen durch das Regime in Minsk seit den Ereignissen des 19. Dezember 2010. Wir appellieren eindringlich an Belarus, über die Erkenntnisse und Empfehlungen des Berichts nachzudenken und durch die unverzügliche Einstellung sämtlicher politisch motivierten Gerichtsverfahren und aller im Gang befindlichen Schikanen gegen die Zivilgesellschaft und die Medien sowie durch die Freilassung aller politischen Gefangenen sein Bekenntnis zu den OSZE-Verpflichtungen und -Standards unter Beweis zu stellen.

Die belarussische Regierung muss die Rechte ihres Volkes respektieren und ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen erfüllen. Die Regierung Kanadas ist nach wie vor bestürzt, dass im modernen Europa von heute die Regierung in Minsk weiterhin eine derartige Missachtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit an den Tag legt.

Abschließend möchte Kanada seine unveränderte Solidarität mit dem belarussischen Volk zum Ausdruck bringen und seine Bereitschaft zur Unterstützung der Entwicklung der Zivilgesellschaft in Belarus bekräftigen. Wir nehmen dies zum Anlass, auch unsere Bereitschaft zur Hilfestellung für die belarussischen Behörden bei der Erfüllung ihrer OSZE-Verpflichtungen zu bekräftigen. Wir rufen außerdem zur Wiederherstellung einer sinnvollen OSZE-Präsenz in Belarus auf.

Herr Vorsitzender, meine Delegation ersucht Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Ich danke Ihnen. Merci.

868. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 868, Punkt 7 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION VON BELARUS

Herr Vorsitzender,

erlauben Sie mir zu allererst, grundsätzlich Einspruch gegen die Aufnahme der Frage Belarus als eigenen Punkt in die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Ständigen Rates zu erheben und gleichzeitig unser tiefes Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, dass der Vorsitz trotz unseres wohlbegründeten Standpunkts die Meinung eines Teilnehmerstaats offen ignoriert und damit dem Konsenscharakter der Aktivitäten unserer gemeinsamen Organisation schweren Schaden zugefügt hat.

Trotzdem möchten wir – ist doch der Ständige Rat der OSZE ein Forum für politischen Dialog – allen Teilnehmerstaaten noch einmal in aller Offenheit den Standpunkt der Republik Belarus in Bezug auf die Anrufung des Moskauer Mechanismus und auf den heute präsentierten sogenannten „Bericht“ zur Kenntnis bringen.

Ersten sind wir der festen Überzeugung, dass der Moskauer Mechanismus heute eindeutig überholt ist und nicht mehr jenes Instrument für den allseits respektvollen und konstruktiven Dialog darstellt, das unsere Vorgänger in den frühen Tagen der Gründung der OSZE möglicherweise im Auge hatten. Sein nicht auf Konsens gerichteter und im Wesentlichen konfrontativer Charakter steht den strategischen Zielen unserer Organisation entgegen, etwa jenem der Verwirklichung einer echten Sicherheitsgemeinschaft frei von allem Trennenden, das von den Führern unserer Länder letztes Jahr auf dem Gipfeltreffen von Astana vereinbart wurde.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass Versuche, diesen Mechanismus in Gang zu setzen, in der OSZE eher zu Polarisierung und Konfrontation geführt und nicht zur Lösung problematischer Fragen oder zur Entkräftung gegenseitiger Besorgnisse beigetragen haben.

Leider hat die Initiative der 14 Länder, den Moskauer Mechanismus in Bezug auf Belarus anzurufen, lediglich bestätigt, dass sie mit diesem Instrument offenen politischen Druck auf mein Land ausüben und ihre eigenen diskriminierenden Maßnahmen rechtfertigen wollen, die im Widerspruch zu den OSZE-Verpflichtungen stehen.

Zweitens widersprechen wir nachdrücklich, wie unsere Delegation dies bereits wiederholt getan hat, der Einschätzung der Lage in Belarus durch die Länder, auf deren

Initiative der Moskauer Mechanismus ausgelöst wurde, und stellen fest, dass die Behauptung, „die Erfüllung von OSZE-Verpflichtungen“ sei in der Republik Belarus „massiv infrage gestellt“, jeder Grundlage entbehrt.

Angesichts der Tatsache, dass Belarus die Mitglieder des Ständigen Rates über alle Fragen, die für unsere Partner von Interesse oder Grund zur Sorge sind, regelmäßig auf dem laufenden hält, und in Anbetracht der Arbeit einer Expertenmission des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte in Belarus, die die Gerichtsverfahren gegen die an den Ereignissen vom 19. Dezember 2010 in Minsk Beteiligten beobachtet, gab es aus verfahrenstechnischer Sicht weder ausreichende Gründe noch die nötigen Vorbedingungen für die Anrufung des gegenständlichen Mechanismus. Außerdem stand dieser Schritt im Widerspruch zum Moskauer OSZE-Dokument selbst, dem zufolge es nicht gestattet ist, zwei Missionen zur selben Zeit in derselben Angelegenheit in ein Land zu entsenden.

Wie der weitere Verlauf der Ereignisse zeigte, legten die initiiierenden Länder keinen gesteigerten Wert auf die Beachtung der formalen Verfahren des Moskauer Dokuments, wie zum Beispiel auf die Fristen für die Erstellung des Berichts.

All das war der Grund für unsere grundsätzliche Weigerung, im Rahmen dieser Initiative der 14 Länder mitzuarbeiten oder mit dem so genannten „Berichterstatter“ in irgendeiner Weise zusammenzuarbeiten.

Drittens ist zum heute präsentierten Bericht selbst festzustellen, dass er keineswegs den Kriterien der „Professionalität, Objektivität und Unparteilichkeit“ entspricht.

Der Bericht ist äußerst tendenziös. Er wird von einer absolut haltlosen Einschätzung der Lage in Belarus beherrscht und ignoriert vollständig die offiziellen Argumente und Kommentare der belarussischen Seite in Bezug auf die Ereignisse in Minsk im Dezember. Das Dokument enthält buchstäblich keine Analyse des „Berichterstatters“ selbst, und die wichtigsten Quellen seiner Einschätzung sind einseitige Berichte und Aussagen der initiiierenden Länder oder der Befürworter der Anrufung des Moskauer Mechanismus.

So stützen sich insbesondere die Schlussfolgerungen des „Berichterstatters“ vor allem auf Auszüge aus dem Menschenrechtsbericht 2010 des US-Außenministeriums, Erklärungen des Europäischen Parlaments, der Europäischen Union und des Europarats sowie auf diejenigen mehrerer internationaler Nichtregierungsorganisationen, die nicht einmal Büros in Belarus haben.

Der vorgelegte Bericht ist im Wesentlichen einfach eine Zusammenstellung voreingenommener, einseitiger politischer Einschätzungen und keine ausgewogene Schlussfolgerung auf der Grundlage einer detaillierten Analyse aller verfügbaren Fakten und Umstände sowie der rechtlichen Bestimmungen.

Das Dokument verweist auf keine konkreten Normen aus internationalen Übereinkünften der Republik Belarus, die verletzt worden wäre. Der „Berichterstatter“ spricht nur cursorisch von den konkreten OSZE-Verpflichtungen und beweist damit seine ungenügende Kenntnis der normativen Grundlage unserer Organisation. Auf das fehlende fundierte Wissen über die innerstaatlichen Rechtsvorschriften von Belarus beim Verfasser des Berichts wollen wir erst gar nicht eingehen.

Insgesamt stellt sich die Frage, wie ernst man ein solches Dokument aus der Feder eines „Berichterstatters“, der sich 2003 in einer ähnlichen Situation kompromittierte, nehmen kann.

Viertens erkennt Belarus die Schlussfolgerungen des Berichts nicht an und fühlt sich nicht an die darin enthaltenen Empfehlungen gebunden, da die Anrufung des Moskauer Mechanismus und die Ausarbeitung des Berichts von den oben genannten schwerwiegenden systemischen Verstößen begleitet waren und der Bericht selbst sowohl verfahrenstechnisch als auch inhaltlich ungültig ist. Die heutigen Erörterungen haben gezeigt, dass diese Initiative keine Zukunft hat.

Abschließend möchte ich betonen, dass die Republik Belarus bei der Umsetzung ihrer internationalen Verpflichtungen, auch jener innerhalb der OSZE, einen äußerst verantwortungsbewussten Ansatz verfolgt. Wir beabsichtigen auch weiterhin, uns streng an die Bestimmungen der Gründungsdokumente unserer Organisation zu halten, und zwar auch an die Verpflichtungen in der menschlichen Dimension.

Diesbezüglich werden der Grundsatz der Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit und die Unabhängigkeit des Justizsystems für den Ausgang der Untersuchungen und die rechtliche Einschätzung der Ereignisse vom 19. Dezember 2010 in Minsk von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Wir sind bereit, mit allen unseren Partnern in der Organisation den Dialog – auch kritischer Art – fortzusetzen. Gleichzeitig hoffen wir, dass dieser Dialog offen, in gegenseitigem Respekt und konstruktiv in den eindeutigen und vorhandenen OSZE-Foren, vornehmlich im Ständigen Rat, geführt werden wird.

Ferner beabsichtigen wir, eine enge Zusammenarbeit mit der OSZE und ihren Durchführungsorganen zu einer großen Bandbreite von Themen zu entwickeln, gegebenenfalls auch in Form gemeinsamer Projekte.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender.